Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.
—
Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stad
Posen 1 Rthlr., fur ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 112. Mittwoch den 16. Mai. **1849.**

Inland.

Berlin, den 15. Mai. Der heutige Staats-Anzeiger bringt nachstehende Königliche Verordnung:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. rc.

verordnen auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums hiermit, was folgt:

§. 1. Das Mandat der auf Grund der Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848 und Unserer Verordnung vom 11ten des letzteren Monats im Preußischen Staate gewählten Abgeordneten zur Deutschen National-Versammlung ist erloschen.

§. 2. Den Abgeordneten ist gegenwärtige Unsere Verordnung durch Unseren Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. zur Nachachtung und mit der Weisung zuzustellen, sich jeder Theilnahme an den weiteren Verhandlungen der Versammlung zu enthalten.

Gegeben Charlottenburg, den 14. Mai 1849.

Friedrich Wilhelm.

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel.
von Strotha. von der Heydt. von Rabe. Simons.

In der motivirenden Denkschrift des Staatsministerii heißt es: Damit über die Willensmeinung Ew. Königlichen Majestät kein Zweifel bleibe und Niemanden ein Vorwand zur Irreleitung der Gemüther gelassen werde, so hält es das unterzeichnete Staats-Ministerium,

in Erwägung, daß die Aufgabe der Deutschen National-Versammlung nach Lage der Sachen und ihrerseits erfolgter Ablehnung jeder weiteren Verständigung und Vereinbarung als durch die Berathung der Verfassung erledigt angesehen werden muß, die Versammlung aber nicht mehr auf gesetzlichem Boden steht und überdies sich in offene Feindseligkeit gegen Preußen gesetzt hat,

für seine Pflicht, bei Ew. Königl. Majestät allerunterthänigst zu beantragen, daß Allerhöchstdieselben ausdrücklich erklären wollen,

wie das auf die Bundes-Beschlüsse vom 30. März und 7. April v. J. und die Verordnung vom 11. des letzteren Monats gegründete Mandat der Preußischen Abgeordneten nunmehr erloschen und die Abgeordneten daher zum Austritt aus der Versammlung zu veranlassen seien.

Wir glauben, daß das Preußische Volk in seiner großen Mehrzahl und seinem gesunden Kern mit uns die Ueberzeugung theilt, daß der Weg, welchen die National-Versammlung eingeschlagen hat, weder dem wahren Interesse Deutschlands, noch dem Willen der Deutschen Nation entspreche, und daher auf eine Mitwirkung derselben zum Heile des Gesammt-Vaterlandes nicht länger zu hoffen sei, und daß es demgemäß auch die von uns beantragte Erklärung Ew. Königl. Majestät als den Ausdruck seiner eigenen Gesinnung begrüßen werde. Kein Preuße wird es mit der Vaterlandsliebe und der National-Ehre Preußischer Staaatsbürger für verträglich halten, sich an Berathungen zu betheiligen, welche zu Beschlüssen führen, die eine offene Feindschafts Erklärung gegen den Preußischen Staat enthalten.

Berlin, den 12. Mai. Die Abendzeitung der deutschen Reform vom. 11. Mai enthält folgende Aufforderung:

Die konservat:ve Partei in Frankreich hat in dem Verein zur Verbreitung guter Volksschriften in kurzer Zeit schon mit außerordentlichem Erfolge den Kampf aufgenommen gegen die socialistische und demokratische Literatur, die, ihre zersetzenden Irrlehren bis in die untersten Schichten des Volkes tragend, das ganze gesellschaftliche Gebäude zu erschüttern und die Civilisation selbst zu vernichten droht.

Gleiche Erscheinungen des Giftes lassen ein gleichdringendes Bedürfniß nach dem Gegengift laut werden.

Die radikake Presse überschwemmt das Land mit ihren Flugschriften und trägt in das Volk ihre Irrlehren, welche mehr oder minder verhüllt, nur den Umsturz alles Bestehenden, den Umsturz der Religion, der Familie und des Eigenthums zu ihrem letzten Ziele hab.n. — Nur vereinte Kräfte, nur das Zusammenstehen aller wahren Freunde des Volkes und des Vaterlands vermag hier zu wirken.

Möge die konservative Partei die Gefahr erkennen, so lange es noch Zeit ist; möge sie mit ihren Kräften, mit ihrem Eifer nicht bis zu dem Augenblicke zurückhalten, wo die Wogen des zerstörenden Elements sie selbst schon zu verschlingen drohen. — Wir sind entschlossen den Mittelpunkt zu bilden für die Verbreitung von Schriften, welche das Volk aufklären sollen über die Fragen der Zeit und es warnen und bewahren vor den verderblichen Ausgeburten der Zeitrichtung.

Unser Programm ist der ächte Constitutionalismus fern von jeder absolutistischen Reaktion Unsere Tendenz bei dem Unternehmen ist Belebung der Treue gegen König und Verfassung, Kräftigung des Sinnes für Gesetz und Ordnung, Belebung des Rechtsbewußtseins und Mehrung der Religiosität im Volke; Aufklärung der verschiedenen Berufszustände über ihre wahren Interessen und die Losung der sogenannten „sozialen Frage“ in der Vermittlung der sich widerstreitenden Interessen. — Unentgeltliche Vertheilung oder billiger Verkauf von Flugblättern und Schriften, an welche die Anforderung populärer Sprache, gedrängter Kürze und der Berücksichtigung provinzieller oder konfessioneller Verschiedenheit der Auffassungsweise gestellt werden muß, soll dem Volke das Streben und die Grundsätze offen legen und es erkennen lassen, wo es seine wahren Freunde zu suchen hat. — Durch die Unterstützung patriotischer Männer sind wir bereits in den Stand gesetzt unsere Wirksamkeit zu beginnen. — An alle gleichgesinnten wahren Freunde des Volkes und des Vaterlandes ergeht die Aufforderung, uns mit literarischen Beiträgen und mit Mitteln kräftig und nachhaltig zu unterstützen. Eingehende Geldbeiträge werden in der „Deutschen Reform“ angezeigt, über ihre Verwendung auf demselben Wege Rechnung gelegt werden. Die Reform wird ferner jedesmal diejenigen Flugschriften bezeichnen, welche zum Abdruck und zur Verbreitung gelangt sind. Die Verfasser werden bei Einsendung um die Angabe ersucht, ob sie als Verfasser genannt zu sein wünschen. Wir sind gern bereit für die Schriften, welche benutzt werden, angemessene Honorare zu gewähren; auch werden wir in einzelnen Fällen Preisbewerbungen ausschreiben. Eine solche Preisbewerbung eröffnen wir hiermit für die Lieferung eines in volksthümlicher Sprache geschriebenen Wahlkatechismus, der mit Bezug auf die bevorstehenden Wahlen im allgemeinen den Standpunkt der konstitutionell-konservativen Partei und in der deutschen Frage das Vereinbarungsprinzip festhält. Die Einsendungen müssen unter der Adresse der Redaktion der deutschen Reform bis zum 24. Mai d. J. eingehen und mit einem Motto bezeichnet sein, welches zugleich auf einem versiegelten Papier die Adresse des Verfassers nachweist. Die Schrift darf den Umfang eines Druckbogens nicht erheblich übersteigen. Die Preiserkennung folgt durch die unterzeichnete Redaktion und demnächst erst die Eröffnung der durch das Motto bezeichneten Adresse des Verfassers. Der Preis für den besten Wahlkatechismus wird bei einer Konkurrenz von mindestens 20 Einsendungen, falls die Arbeit überhaupt zum Abdruck geeignet befunden wird, auf 10 Friedrichsd'or bei einer geringern Konkurrenz auf 6 Friedrichsd'or festgesetzt. Für Einsendungen, welche neben der Preisarbeit noch zum Druck gelangen, wird ein Honorar von 3 Friedrichsd'or gewährt.

Wir empfehlen unser Unternehmen der kräftigen Unterstützung aller Patrioten, und ersuchen alle konservativen Blätter, diese unsere Aufforderung in ihre Spalten aufnehmen zu wollen.

Berlin, den 11. Mai 1849.

Die Redaktion der Deutschen Reform.

Berlin, den 14. Mai. Zu den schon vor Monaten unsern Schutzmännern mitgetheilten Signalements politisch Verfolgter, nämlich des Präsidenten Kossuth und Frau, der Generäle Bem und Dembinski und der Oesterreichischen Abgeordneten Füster, Goldmark und Violand sind vor einigen Tagen auch noch die der Mitglieder der provisorischen Regierung in Sachsen, Tzschirner, Heubner und Todt gekommen.

Für Baiern nimmt der seit Kurzem wieder hier anwesende Graf v. Lerchenfeld, für Sachsen der Legationssekretair v. Könneritz, für Oesterreich der Ritter Prokesch v. Osten Theil an den hier stattfindenden Conferenzen über die Deutschen Angelegenheiten.

— Der Oberpräsident Eichmann, so wie der Regierungspräsident v. Möller sind unerwartet vom Rhein herberufen worden.

— Vom Rhein sollen gestern Abend spät Nachrichten hier eingetroffen sein, daß die dort zusammenberufene Landwehr sich nun auch gestellt habe.

— Ein großer Theil der Preußischen Abgeordneten in Frankfurt a. M. soll bei dem einstweiligen Bevollmächtigten Preußens Hrn. v. Kamptz, angefragt haben, ob es der Regierung willkommen sein würde, wenn sie ihr Mandat niederlegten und Frankfurt verließen? Da keine Antwort darauf erfolgt ist, sollen viele Preußische Abgeordnete jetzt Frankfurt verlassen wollen.

Berlin, den 14. Mai. Am 12. Mai traten in Frankfurt abermals 17 Mitglieder, darunter General Selasinski, aus. Reh wurde zum Präsidenten gewählt. Die Ausführung eines Beschlusses der Versammlung auf Reden's Antrag: zur Nürnberger Volksversammlung Reichskommissarien zu schicken und sie den Beschlüssen vom 10. Mai gemäß zu instruiren, lehnte das Reichsministerium ab. Ferner beschlossen mit 163 gegen 142 Stimmen: die gesammte bewaffnete Macht von Deutschland ist zur Aufrechthaltung der Verfassung feierlich zu verpflichten, die Centralgewalt zur Ausführung aufzufordern.

— Auf Ersuchen der Badener Regierung hat das Reichministerium Raveaux als Reichskommissar zur Beschwichtigung nach der Volksversammlung in Offenbach entsendet.

— Von Süddeutschland her wird in den nächsten Tagen ein bedeutender Angriff auf Frankfurt erwartet.

— Die Badische Garnison der Festung Rastadt hat sich empört, vier ihrer Offiziere erschossen, den Kommandanten mit fünf Kugeln verwundet, die Republik proklamirt und somit die Festung mit allem Kriegsmaterial der Insurrektion erschlossen. In Lörsch hat eine gleiche Erklärung des Badischen Militairs stattgefunden, die politischen Gefangenen befreit, Offiziere getödtet und die Republik proklamit. Ludwigshafen ist gleichfalls im Besitz der Insurgenten, welche binnen Kurzem dort eine Macht von 20000 M. zusammen zu haben gedenken.

Stettin, den 14. Mai. Seit gestern hat sich die Physiognomie unserer Stadt wesentlich verändert. Die Militairbehörde soll den Plan einer Emeute entdeckt haben, und rüstet sich nun ihrerseits, diesem Komplott mit Nachdruck begegnen zu können. Das Schloß ward gestern, am Sonntage, noch förmlich verpallisadirt und Patrouillen durchzogen nach allen Richtungen die Straßen. Die Truppen sind meist consignirt und die wichtigsten Gebäude sind besetzt. — Demokratische Scharfschützen waren zum Scheibenschießen nach Frauendorf gezogen, um Abends bewaffnet und in Massen wieder in die Stadt zurückzukehren, wo man dem Schützenkönige ein Ständchen bringen wollte. Aber das Ständchen ist von der Polizei untersagt worden, und Angesichts der militairischen Rüstungen scheint man gestern Weiteres nicht haben unternehmen wollen. Dennoch ist es wohl keinem (!) Zweifel unterworfen, (!) daß am Dienstage Unruhen beabsichtigt werden.

Danzig, den 10. Mai. In der gestrigen Sitzung des hiesigen konstitutionellen Vereins ist ein Wahlkomite zum Sturze des Ministeriums Brandenburg erwählt worden. Es besteht aus den Herren H. Behrend, Assessor Liebert, Prediger Müller, Maurermeister Leupold und Dr. Lievin. Auf Antrag eines Mitgliedes, welches der Ansicht war, man könne ja für denselben Zweck einen mildern Ausdruck gebrauchen, wurde beschlossen, statt „Sturz des Ministeriums“ nur „Abdankung“ zu setzen.

Königsberg, den 11. Mai. Hier ist folgende Vrrfügung erschienen: Die heutigen Zeitungen enthalten eine Aufforderung des hiesigen Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung wegen Abhaltung eines Provinzial-Städte-Tages. Es werden darnach die Stadtgemeinen der Provinz veranlaßt, Abgeordnete zu einer gemeinsamen Berathung über die Deutsche Verfassungsfrage herzusenden und mit Legitimation zu versehen. Ein solcher Beschluß liegt außer den Grenzen der den städtischen Behörden durch die Gesetze ertheilten Befugnisse, gleich wie die übrigen Städte nicht berechtigt sein würden, durch Absendung von Abgeordneten eine gemeinsame Vertretung der Stadtgemeindrn zu instituiren. Wir fordern den Magistrat deshalb hiermit auf, diesem Beschluß keine weitere Folge zu geben. Sämmtlichen Magisträten unseres Bezirks, so wie den Regierungen der Provinz haben wir Abschrift dieser Verfügung zugehen lassen.

An
den Magistrat der hiesigen Stadt.

Abschrift der an den hiesigen Magistrat erlassenen Verfügung bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Königsberg, den 10. Mai 1849.

Königliche Regierung.

— Die „N. Königsb. Z.“ bemerkt hierzu: Die hiesige Regierung, welche Mittwoch den Beschluß gefaßt hatte, daß der Aufruf des hiesigen Magistrats zu einem Städte-Tage durchaus nichts Ungesetzliches enthalte, hat Donnerstag beschlossen, daß der Städte-Tag verboten werden solle. Diese schnelle Umstoßung eines so eben fast einstimmig gefaßten Beschlusses, soll durch ein Ministerial-Rescript, das Mittwoch des Abends eingegangen, bewirkt worden sein.

Münster, den 10. Mai. Das bis jetzt bekannt gewordene Hauptergebniß des heute hier abgehaltenen, fast von allen Kreisen Westphalens beschickten allgemeinen Kongresses war die Erklärung: „daß Westphalen die im März vollendete Deutsche Verfassung, als zu Recht bestehend, anerkenne.“ Dieser Erklärung zufolge sollen die Grundrechte in angemessener Anzahl von Exemplaren unter das Volk vertheilt und dasselbe zur Festhaltung an die Verfassung aufgefordert werden. Adressen an die National-Versammlung wie an den König wurden als nutzlos in einer Zeit des Handeln verworfen. Die Frage über die Gestellung der Landwehr wurde nach Majoritäts-Beschluß und in Folge der bittern Erfahrungen, welche hier einige Deputirte des früheren Kongresses bereits gemacht, in einer geheimen Sitzung der Abgeordneten verhandelt. — Heute Nachmittags wurde noch eine zweite Compagnie des 13. Infanterie-Regiments nach Hamm befördert, um die dortigen Unruhen zu dämpfen. Der nach Warendorf heute in der Frühe abgesendeten Compagnie soll der Einmarsch in die Stadt verweigert worden sein.

Köln, den 9. Mai. Der Schluß des von den Gemeindeverordneten angenommen §. 8. veranlaßte gleich heute den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Eichmann, zu nachstehender Bekanntmachung: „Die aus der heutigen Versammlung im hiesigen Casinosaale hervorgegangenen Erklärungen legen mir die Pflicht auf, die Bewohner der Rheinprovinz wiederholt darauf hinzuweisen, daß diese Versammlung in keiner Art einen repräsentativen oder amtlichen Charakter in Anspruch nehmen darf, daß vielmehr die beschlossenen Erklärungen nur als Ansicht derer, die sie unterzeichnet haben, anzusehen sind. Wenn ich aber mit Schmerz am Schlusse dieser Erklärungen die wenig verhüllte Drohung einer gewaltsamen Losreißung der Rheinprovinz von der Preußischen Monarchie, also Rebellion und Bürgerkrieg erblicke, so habe ich das gute Vertrauen zu den loyalen Bewohnnern der Rheinprovinz, daß sie sich mit Abscheu von solchen Beschlüssen abwenden, daß sie den Weg der Gesetzlichkeit, den Ruhm der Rheinländer, nicht verlassen und die Regierung nicht in die traurige Nothwendigkeit versetzen werden, von den Mitteln der Gewalt, die ihr zu Gebote stehen, Gebrauch zu machen.“

Elberfeld, den 11. Mai. Die „Elberfelder Zeitung“ berichtet: $7\frac{1}{2}$ Uhr Morgens. Der gestrige Tag ist ruhig vergangen. Die bewoffneten Zuzüge, welche im Laufe des Tages noch mittels der Sturmglocken herbeigerufen worden, sind, so gut es ging, unterge-

bracht worden. Auch die Bürgerwehr versah sehr zahlreich den Dienst und hielt sich auf alle Fälle bereit. Das Ansehen unserer sonst so lebhaften Wupper-Metropole mit ihren bunten Kauf- und Schauläden ist freilich unter den jetzigen Umständen ein sehr trauriges. Die Physiognomie unserer Stadt hat etwas Todtenhaftes. Sämmtliche Läden, Thüren und Fenster sind geschlossen; viele Familien sind, aus Furcht vor einem erneuerten Straßen- und Barrikadenkampfe aus der Stadt geflohen. Gestern hat man fortwährend neue Barrikaden gebaut, deren einige sogar mit Maiblumen und Kränzen, wir wollen hoffen, in guter Vorbedeutung! — — verziert sein sollen. Uebrigens kehrt nach dem ruhigen Verlaufe des gestrigen Tages und der Nacht allmählich das Vertrauen in die geängstigten Gemüther zurück. Hier und da werden die Fenster und Thüren, wenn auch nur vorsichtig und nach und nach, wieder geöffnet.

8 Uhr. So eben verbreitet sich das Gerücht, daß das Militair im Anzuge sei. Die Sturmglocken läuten aufs Neue, die Lärmtrommel schlägt, die Häuser schließen sich wieder. Wer noch für den heutigen Tag Einkäufe an Victualien zu machen hat, beeilt sich möglichst. Ob das Gerücht begründet ist, wird sich bald zeigen. 11 Uhr. Das Gerücht von einer Truppen-Anziehung hat sich bis jetzt nicht bestätigt.

Elberfeld, den 12. Mai. Noch ist Jedem der Einlaß in die Stadt erlaubt; aber mühsam muß man sich durch Barrikaden winden, — deren 145 in der Stadt bestehen — will man in das Innere gelangen. Und welche Barrikaden sind dies? Die kostbarsten Meubel, die schönsten Karossen, Gemälde, kurz was sich nur irgend Zierliches, Elegantes und Schönes in einem reichen Kaufmannshause finden kann, findet man hier in den sehr sorgfältig gebauten Barrikaden, die noch außerdem durch Baumwollen- und Seidenballen so gut gepolstert sind, daß so leicht keine Kugel durchdringen wird. Ein malerisches Bild, wenn man bedenkt, daß oben darauf oft noch silberne Leuchter und Kandelaber stehen, die des Abends angezündet werden, daß Blumenvasen und Kränze die Zinnen derselben verzieren. Dafür sind freilich in der Nähe des abgelegenen Proletarierviertels die Barrikaden nur aus Lastwagen, Schleifen 2c. zusammengestellt, aber dessenungeachtet nicht weniger sorgfältig erbaut oder weniger gut vertheidigt. Durch den ungemeinen Zuzug Bewaffneter ist für die Vertheidigung aller Barrikaden nicht nur gesorgt, sondern auch die benachbarten Höhen sind gut besetzt und die sechs Geschütze an geeigneten Orten vertheilt. Der Sicherheits-Ausschuß thut sein Möglichstes, die Ordnung aufrecht zu erhalten und verlangt bedeutende Geldopfer von den Kaufleuten, um dies Ziel zu erreichen; auch ist der Bruder des Ministers v. d. Heydt in seinem eigenen Hause gefangen und hat sich für einige Tausend Thaler sein Meublement — vorläufig wenigstens — gerettet.

Aus Paderborn vom 9. Mai wird geschrieben: Die Einkleidung der Landwehr hat begonnen. Heute sind vorerst die Landwehrmänner aus Paderborn und der nächsten Umgegend einberufen. Diese traten heute Nachmittag zusammen, um den Theil ihrer Kleidungsstücke, der nicht schon am Morgen ertheilt ward, in Empfang zu nehmen. Die Erbitterung, die sich schon am Morgen in vielfacher Weise, jedoch mehr in Privatgesprächen und Lebehochs auf die Demokratie, kundgegeben, kam am Nachmittage zum Ausbruch. (Der Landwehrmajor selbst gab die Veranlassung.) Ein Landwehrmann erging sich in lauten und ziemlich derben Ausdrücken über die Ungesetzlichkeit der Einberufung der Landwehr — über die vielen Ungerechtigkeiten, die außerdem vorgekommen, — daß man grundlose Reklamationen berücksichtigt, begründete dagegen unberücksichtigt gelassen habe. Er ließ sich dabei, nachdem er sich einmal in die Hitze geredet und bei den Umstehenden großen Beifall geerndtet hatte, einige unhöfliche Erwiderungen gegen einen der Offiziere, der ihn zur Ruhe ermahnen wollte, zu Schulden kommen. Da trat der Major auf ihn zu, fuhr ihn hart an und gab, als er auf die Aufforderung, still zu schweigen, sich nicht gleich zur Ruhe bringen ließ, den Befehl zu seiner Arretirung. Das rief einen tobenden Ausbruch des Unwillens hervor. Sämmtliche Landwehrmänner verließen ihre Reihen, drängten sich um den Major und: „Kein Arrest! Keinen Landwehrmann arretirt!" erscholl aus Aller Munde. Der Major nahm den Befehl zur Abführung zurück. Ein anderer Landwehrmann trat vor und sprach mit erhobener Stimme: Warum sind wir einberufen, Herr Major, Krieg haben wir nicht. Die Uebung ist uns geschenkt. Sollen wir vielleicht auf unsere Väter und Brüder schießen? oder gegen das Volk? Hierzu werden wir uns nicht gebrauchen lassen!" Ein freudiger Jubel begleitete die Rede; der Landwehrmajor erwiederte, er wisse selbst noch nicht, wozu die Landwehr verwendet werden solle — die Herren Redner schienen ihm sehr kluge Leute zu sein, die aber wahrscheinlich ihre Weisheit anderswoher, als aus ihrem eigenen Kopfe geholt, was seiner Zeit schon ans Tageslicht kommen werde.

Düsseldorf, den 10. Mai, 12 Uhr Mittags. Das Militär — sagt die „Düsseld. Ztg." — ist vollständig Herr der Stadt und schickt sich an, die Barrikaden wegzuräumen. — Viele Verhaftungen sind bereits erfolgt. Indem wir dies schreiben, rückt die Colonne, welche nach Elberfeld detaschirt war und aus Artillerie, Kavallerie und Infanterie besteht, hier ein. Sie führt acht Gefangene mit sich. Der Commandant derselben fand seine Kräfte für den Umfang des Aufstandes zu schwach und wollte, nachdem selbst mehrere Offiziere verwundet wurden, die Truppen nicht ferner opfern. Wie es heißt, soll morgen eine bedeutendere Streitmacht in Elberfeld erscheinen, um den Aufstand zu bewältigen. Für hier wird heute noch ein Bataillon Infanterie erwartet.

Düsseldorf, den 11. Mai. Von Neuß herüber tönt ein furchtbares Bombardement; die Sturmglocke von St. Quirinus tönt in einigen unaufhörlichen Schlägen. Die Neußer sollen indessen Zuzug von Gladbach und Rheidt erhalten haben. Heute Morgen kam eine halbe Batterie an meinem Hause vorbei, um nach Neuß zu gehen. Die Hammer Fährleute haben indessen die Ponte abgefahren, so daß die Batterie eben wieder hier einzieht.

Elberfeld hat seine Truppen verjagt und ist so gut verbarrikadirt, daß es unangreifbar ist. Eine Barrikade soll allgemeine Aufmerksamkeit erregen; sie ist gänzlich aus den luxuriösen Möbeln des verjagten v. Carnay erbaut. Zwischen Sopha's und Sesseln sollen die silbernen Leuchter und Tischgeräthe liegen. Eine Frau, die sich etwas davon aneignen wollte, wurde von dem Volke beinahe erschlagen.

Schwerin, den 11. Mai. So eben ist in der Kammer eine großherzoglich schwerinsche Botschaft verlesen, worin erklärt wird, daß, wenn der Fürst auch nicht mit allen Bestimmungen der Reichsverfassung einverstanden sein könne, er doch zu jedem Opfer bereit sei, welches die deutsche Einheit erfordere; er verharre deshalb auf der Kollektiverklärung der 28 Regierungen, und habe dem Preußischen Kabinet auf die Note vom 28. April geantwortet, daß er zur Zeit an dem deutschen Sonderbunde nicht Theil nehmen könne.

Hadersleben, den 11. Mai. Die Preußen sind schnell und kühn nach Veile vorgerückt, welches gleich anfänglich von dem Polnischen Landwehr-Bataillon aus Posen (Krotoschiner Bataillon) umgangen wurde. Hier stieß es auf der Nordseite auf die von dem Feinde aufgeworfenen starken Schanzen, die aber mit allesüberwindender Kühnhei von den Posenern erstürmt wurden. Durch diese zweckmäßige Bewegung hatten die Dänen ihren Haltpunkt in Veile verloren und zogen sich gegen Horsens zurück. Die Preußischen Vorposten und bald darauf das Hauptquartier des die Avantgarde esehligenden General-Majors Hirschfeld wurden anderthalb Meilen jenseits Veile verlegt, und gestern schon sind die Preußen in Horsens eingerückt.

Altona, den 8. Mai. Norddeutsche Blätter erzählen folgende Züge von den holsteinischen Soldaten: Beim ersten Sturme auf Kolding, wo bekanntlich die Jäger mit den Bayonnetten Löcher in die Pallisaden stießen und dann hindurchschossen, hatte der Soldat kaum die Zeit, mit Ruhe abzubrennen, denn stets stand schon ein anderer hinter ihm, der ihn bei den Schultern gefaßt hatte mit den Worten: „O un laat mi ook Mal!"

In gleicher Weise benahmen sich die Artilleristen bei Eckernförde. Sie warfen sich auf die Erde, sobald das Feuern der Schiffe zu erwarten war, mit den Worten: „Nu kummst du, dat is ganz in Ordnung," und erhoben sich dann wieder mit der Aeußerung: „Nu kamt wie aber wedder Maal, daa paß man op!"

Worms, den 11. Mai. Ludwigshafen ist heute Nacht von den Wormser, Osthofer und Frankenthaler Bürgerwehren, unter dem Commando von Oberst Blenker, genommen worden; es lagen 100 Mann in demselben, die übergingen und sogleich auf die Verfassung beeidigt wurden. 400 Mann von Speyer, die es wieder nehmen sollten, gingen ebenfalls über. Sie wurden sämmtlich auf die Verfassung verpflichtet und zum Volksheer nach Neustadt geschickt. Bei Neustadt und Kaiserslautern wurden Corps gebildet. Von allen Seiten Zuzug.

Speier, den 7. Mai. Heute morgen befand sich unsere Kreisstadt in ungewöhnlicher Aufregung. Seit Sonntag Nachmittags war hier das 6. Regiment der Baierischen Infanterie einquartiert, welches eben von Frankfurt heraufgekommen war. Es wurde auf alle mögliche Weise bearbeitet, sich der Volksbewegung anzuschließen und in die Dienste des Landesvertheidigungsausschusses zu treten. Ein Aufruf des letztern wurde massenweis unter das Militär vertheilt. Ebenso die übrigen Aufrufe, in denen die bereits getroffenen Maßregeln, die 30 Polnischen Offiziere, die 30,000 Bajonnettgewehre u. s. w. zur Kenntniß gebracht werden. Hierdurch und durch maßlose Spenden von Bier und Wein gelang es, in den Soldaten einen sehr bedenklichen Geist zu erzeugen, so daß ein Hauptmann von ihnen mißhandelt und ein Theil von ihnen nur mit großer Mühe heute Morgen aus der Stadt auf einige benachbarte Dörfer gebracht werden konnten. Als sie abgezogen waren, erscholl der Ruf: Die Preußen kommen. Obschon die Eisenbahn bei Mutterstadt und Haßlach demolirt war, hatten 700 Mann Preußen, von Mainz kommend, mit einer Schwadron Badischer Kavallerie, trotz des starken Regenwetters, Speyer erreicht, um hier eine kurze Rast zu halten und dann in Auftrag der Centralgewalt nach Landau weiterzuziehen. Augenblicklich wurden die Thore verbarrikadirt, den Marktleuten ihre Wagen abgeführt, die Bürgerschaft zusammengetrommelt, und in der Stadt eine außerordentliche Aufregung hervorgerufen. Alles, was Waffen, oder Mistgabeln, Aexte, Prügel, Sensen erwischen konnte, eilte an die Thore, selbst Frauen mischten sich mit darunter. Die Preußen gaben die besten Worte. Sie hätten ja nicht im Geringsten böse Absichten. Nein! Leute, die die Verfassung nicht anerkannt, dürften nicht in die Stadt, war der Gegenruf. So mußten die Deutschen Brüder aus Preußen stundenlang unter den Bahnhofgebäuden warten und hungern. Endlich schlug sich der in Speier stationirte General und der Regierungspräsident ins Mittel. Durch Ansprache an das Volk wurde dasselbe so weit beruhigt, daß einige Fässer Wein und hinreichend Brod und Fleisch den Hungernden gereicht wurde, worauf dieselben nach Landau in starkem Regen weiter zogen. Die Stimmung des Volkes, wenigstens in der Nähe der Städte, wird natürlich immer gereizter.

Aus der Rheinpfalz. Die Frankf. O.-P.-A.-Ztg." vom 11. Mai sagt: „Wir erhalten heute früh folgende authentische Nachricht: Auf die Kunde von dem Einrücken Preußischer Truppen in die Pfalz eilte der Reichs-Commissar Eisenstuck gestern früh von Kaiserslautern nach Landau. Im Einvernehmen mit dem dortigen Festungs-Commandanten erließ er sofort an den Anführer des Preußischen Bataillons die Weisung, nicht nach Landau zu kommen, sondern nach Mainz zurück zu marschiren. Der Preußische Anführer erklärte augenblicklich, diesem Befehle des Reichs-Commissars unbedingt Folge zu leisten. Die große Mehrzahl der gerichtlichen Beamten der Pfalz huldiget der Ansicht, daß die Verfassung des Deutschen Reichs, wie überhaupt alle Beschlüsse der Nationalversammlung, auch ohne Veröffentlichung des Baierischen Gouvernements Gesetzeskraft haben; sie werden in allen vorkommenden Fällen dies durch ihre Entscheidung beurkunden. Eine sehr große Anzahl von Beamten im Bezirke Kaiserslautern hat eine Erklärung an den König abgefaßt und veröffentlicht, in welcher sie aussprechen, „daß das Volk auf die sofortige Durchführung der Beschlüsse der Nationalversammlung ein unabweisbares Recht hat." Unter den Unterzeichnern bemerkt man den Präsidenten, die Richter und den Staats-Procurator zu Kaiserslautern, den dortigen Landkommissar, viele Forstbeamten u. s. f. — Die Direktion der Pfälzischen Ludwigsbahn macht bekannt, daß wegen gewaltsamer Zerstörung der Eisenbahn auf mehreren Punkten die regelmäßigen Fahrten zwischen Speier, Neustadt und Ludwigshafen vor der Hand nicht stattfinden können.

Frankfurt a. M., den 9. Mai. — 215 Sitzung der deutschen Reichsversammlung.

Die heutige Sitzung ist ausschließlich der Berathung des bereits erwähnten Vogts-Simonschen Antrages bestimmt.

Um 10½ Uhr eröffnet Präsident Simson die Sitzung. Zuerst kommt eine Interpellation von Rösler von Oels an das Reichsministerium, ob es wisse, daß in Homburg, trotz des Einmarsches der Executionstruppen, fort gespielt wird, und die Offiziere Theil daran nehmen? Was er hierüber zu thun beabsichtige?

Justizminister Robert Mohl: Die landgräfliche Regierung hat sich endlich gefügt und wird diesen Morgen die Bank schließen. Augenzeugen behaupten übrigens, die Offiziere der Exekutionstruppen hätten nicht gespielt.

Ministerpräsident v. Gagern: Ich habe schon gestern angezeigt, das Ministerium werde in diesen schwierigen Zeitverhältnissen sein Programm stellen und dies der National-Versammlung mittheilen. Gestern hatte ich darüber spät am Abend eine Conferenz mit dem Reichsverweser. Se. Kaiserl. Hoh. verlangte eine Bedenkzeit von 24 Stunden, um einen Entschluß hierüber zu fassen. Schon gestern habe ich gebeten, dem Ministerium über die vorliegende Frage bis Morgen Zeit zu lassen. Unter diesen Umständen muß das Ministerium heute auf dieselbe Bitte zurückkommen. Niemand kann voraussehen, von welcher Tragweite der von Sr. Kaiserl. Hoh. zu fassende Beschluß sein wird. Ich muß daher erklären, daß das Ministerium keinen Theil an den Berathungen nehmen kann, wenn die Versammlung heute schon auf die Tagesordnung eingeht. — Ueber die Zustände in Sachsen und der Rheinpfalz will ich die Nachrichten mittheilen, welche ich besitze, damit die Versammlung sich in ihrer Entscheidung danach richten kann. Ich habe gestern angezeigt, daß der nach Sachsen ernannte Reichskommissar v. Watzdorf abgelehnt hat. Der inzwischen eingetretenen ernsten Verhältnisse wegen hat uns derselbe aber benachrichtigt, daß er alle Bedenklichkeiten bei Seite gesetzt und sich sofort nach Dresden begeben habe, um seiner Vollmacht gemäß zu handeln. Niemand wird mißkennen, von welcher Wichtigkeit es ist, seinen Bericht über die dortigen Zustände abzuwarten.

Daß sich auch in Sachsen die Parteien schroff gegenüber stehen, erhellt aus dem Schreiben, welches der Rath und die Stadtverordneten zu Leipzig unter dem 6. Mai an das Reichs-Ministerium gerichtet. (Der Präsident liest das Schreiben vor.)

Was die Pfalz betrifft, so scheint nach den Berichten des Reichs-Commissairs daselbst kein solcher Conflikt zwischen der Bevölkerung und dem Reichs-Commissair zu bestehen, daß eine Entscheidung an sich auf die Spitze eines Tages gestellt werden müßte. Nur die Frage kann dringend sein, welche der dort geschehenen Schritte gebilligt werden können und welche nicht. Es geht indeß schon hieraus hervor, daß die Zustände der Pfalz nicht so dringlich sind, daß die Verhandlung darüber nicht auf morgen verschoben werden könnte. Ich wiederhole daher die dringende Bitte, die Verhandlung über den vorliegenden Antrag auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Umbescheiden, Raveaux, Erbe und Wigard sprechen gegen jede Verzögerung, Raveaux nennt den geringsten Aufschub ein Verbrechen am Vaterlande. Erbe erklärt es für schmachvoll, daß die Versammlung nichts für diejenigen thun wolle, die sich für sie hinopfern. (Unruhe auf der Linken und auf den Gallerieen. Präsident richtet ernste Worte an letztere.) Schwetschke, Beseler sprechen für die Vertagung.

Staatssekretair Fallati: Das Reichsministerium muß, um die Bewegung zu stützen, selbst einen Boden haben, das ist aber der Reichsverweser. Bis jetzt ist noch keine Klarheit in den Verhältnissen in Beziehung auf denselben, bis morgen wird Klarheit eingetreten sein. Das Ministerium hat den schweren doppelten Kampf mit der Reaction und der Revolution. Jeder gemäßigte Mann weiß, daß es von dieser, wie von jener, zermalmt werden wird. Darum ist es ein Beweis von Muth, auf diesem Punkte auch unter den drohenden Zeitverhältnissen stehen zu bleiben. Diesen Muth hat das Ministerium; den Muth hat es aber nicht, die Armee in Schleswig Holstein zu demoralisiren, den Muth hat es aber nicht, die Marine zerfallen zu lassen, den Muth hat es nicht, die Männer der Mäßigung in der Freiheit zu verlassen, und wahr ist es, der Augenblick kann kommen, wo es über das Alles hinausgehen muß, aber das Ministerium wird diesem Augenblick nicht voreilen, das vertrage sich mit seinem Gewissen nicht. (Beifall auf der Rechten und im rechten Centrum.)

Der Schluß der Debatte wird einstimmig angenommen.

Ueber die von dem Ministerpräsidenten verlangte Vertagung der Verhandlung über den Vogt-Simon'schen Antrag bis morgen wird auf Raveaux Antrag namentlich abgestimmt. 221 dafür, 133 Stimmen sprechen sich dagegen aus.

Mittlerweile hört man, daß vor den Eingängen der Paulskirche Truppen ständen. Dieltzsch richtet darüber eine Interpellation an den Kriegsminister.

Reichskriegsminister v. Peucker: Dem hiesigen Truppencommando liegt die Sorge für die Sicherheit der Stadt ob. Ich weiß nichts von Truppenaufstellungen an der Paulskirche. Eine Compagnie stieß mir auf der Straße auf, und ich habe sie fortgeschickt, weil ich ihre Aufstellung unter den bestehenden Verhältnissen nicht für nöthig erachte.

Ein dringlicher Antrag von Schlöffel, durch allerlei Erwägungsgründe nach seiner Weise eingeleitet geht dahin: Die National-Versammlung erklärt die Centralgewalt als Verrätherin am Vaterlande, entsetzt dieselbe ihres

Amtes und erwählt einen Vollziehungsausschuß an ihrer Stelle. Trotz der ernsten Zeit wird dieser Antrag doch unter Lachen für nicht dringlich erklärt.

Reichskriegsminister v. Peucker besteigt die Tribüne wieder. Er habe keine Compagnie vor dem Hause gesehen, als die, welche er schon früher zurückgeschickt habe. Es befänden sich keine Soldaten mehr in der Nähe, und er, der Kriegsminister, werde keine unnöthige Truppenaufstellung dulden.

Um 1 Uhr wird die Sitzung geschlossen, und die folgende auf morgen anberaumt.

Frankfurt a. M., den 10. Mai. 216. Sitzung der deutschen Reichsversammlung. Die Sitzung wird um 9½ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Niemand. — Der Vorsitzende verkündet der Versammlung, daß mehrere Zustimmungsadressen vorliegen, unter ihnen eine durch den Abgeordneten Zell übergebene von den Gemeinden und Stadtverordneten der Rheinprovinz, worin dieselben erklären, daß sie die Verfassung als endgültig anerkennen und bei dem mit Preußen bevorstehenden Conflikte auf Seite der Nationalversammlung stehen. Sie bitten um eidliche Verpflichtung der Reichstruppen, verlangen die Entfernung des Ministeriums Brandenburg, erklären die Einberufung der Landwehr als friedensstörende Maßregel und bitten das Ministerium schleunigst um kräftige Anordnungen, da sonst das Vaterland in höchste Gefahr gerathen könne. Diese Zustimmungsadresse, welche mit Beifall aufgenommen wurde, tragen wir im Wortlaute nach.

Der Vorsitzende gibt hierauf der Versammlung Kenntniß von folgender heute angelangten Zuschrift des interimistischen Ministerpräsidenten: „Der interimistische Präsident des Reichsministerraths an den Herrn Präsidenten der verfassunggebenden Reichsversammlung dahier. Wie bereits gestern der hohen Nationalversammlung mitgetheilt wurde, hat das Reichsministerium Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser ein Programm vorgelegt, welches die Regel des Verhaltens des Reichsministeriums zu den Bewegungen bestimmen sollte, die zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfassung in einigen Theilen Deutschlands entstanden sind und zu Bürgerkrieg und Zerstörung leider geführt haben. Der Reichsverweser hat diesem Programm seine Genehmigung nicht ertheilt. Das Ministerium hat sich dadurch genöthigt gesehen, um seine definitive Entlassung Se. kaiserl. Hoheit zu ersuchen, und es ist diesem Gesuche heute stattgegeben worden. Der Reichsverweser hat dabei erklärt, daß er ein anderes Ministerium nach seiner Pflicht und Gerechtsame zu bilden sofort versuchen werde. Das Reichsministerium hat nicht versäumt, Sr. kaiserl. Hoheit die unmittelbar dringende Nothwendigkeit, ein anderes Ministerium zu bilden, vorzustellen. Frankfurt, den 10. Mai 1849. H. Gagern."

Abg. Raveaux schlägt vor, eine Deputation zu Sr. kaiserl. Hoheit zu senden und ihn um die Erklärung zu bitten, ob er unter den jetzigen Umständen gesonnen sei, das Verfassungswerk durchzusetzen oder nicht. (Bravo.)

Abg. Simon will, daß man zuvor seinen und Vogt's Antrag in Berathung ziehe. Der Erzherzog hat nach dem Gesetz über die Befugnisse der provisorischen Central-Gewalt nicht das Verfassungswerk durchzuführen. Will er sich nicht dazu hergeben, so muß es von uns ausgeführt werden. Ich hätte erwartet, daß diejenigen Männer, welche die Bewegung von Anfang an an ihre Personen geknüpft haben, sich zuvor aussprächen, ehe sie sich zurückziehen. In Bezug auf einen Ausspruch (der Redner verlas ihn), welchen Herr v. Gagern von der Tribüne herab gethan, wundert es mich, daß dieser Mann in diesem Augenblicke nicht auf der Tribüne erscheint. Das ist eine Thatsache, welche ich dem Urtheile der deutschen Nation anheimstelle. (Beifall links.)

Abg. Wigard stellt den Dringlichkeitsantrag, daß das vom Ministerium dem Erzherzog-Reichsverweser vorgelegte Programm vorgelesen und in Berathung gezogen werde. Da das Resultat der Abstimmung über die Dringlichkeitsfrage zweifelhaft ist, so nimmt der Abg. Wigard seinen Antrag zurück.

Hr. v. Gagern: Meine Herren! Ich begreife nicht, wie man sich wundern kann, daß ich heute noch nicht auf dieser Tribüne erschien; ich glaube, daß ich es in jedem entscheidenden Moment gethan. Ich kann dem Antrage, das Programm vorzulegen und zu berathen, nicht beistimmen; aber wenn Herr Simon von Trier daran zweifelt, daß ich meinen früheren Standpunkt noch inne habe, so ist er im Irrthum. Ich halte ihn noch immer fest. Noch immer betrachte ich die deutsche Reichsverfassung als endgiltig und rechtskräftig und ich werde Alles, was ich zur Durchführung derselben thun kann, beizutragen wissen. (Beifall.)

Der Vorsitzende verkündet hierauf den Uebergang zur Tagesordnung. Erster Gegenstand derselben ist die Wahl des Präsidenten und der beiden Vicepräsidenten. Herr E. Simson wird mit 330 gegen 8 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. (Beifall.) Herr E. Simson ist wegen Unpäßlichkeit abwesend. Zum ersten Vorsitzenden-Stellvertreter wird Herr Reh aus Darmstadt mit 177 gegen 137 Stimmen ernannt. Herr Eisenstuck erhielt 123 Stimmen. Herr Reh aus Darmstadt dankt in kurzen Worten für das ihm bewiesene Vertrauen und übernimmt sogleich die Leitung des Hauses. Zum zweiten Vorsitzenden-Stellvertreter wird Herr Eisenstuck mit 155 gegen 153 Stimmen gewählt. Abg. Wiedenmann erhielt 143 Stimmen. — Die Versammlung geht hierauf zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung über.

Abg. L. Simon erklärt, daß er sich dem Verbesserungsantrag des Abg. v. Reden anschließe und den seinigen zurücknehme. Der Antrag des Abg. Reden lautet: „In Erwägung, daß die Reichsversammlung durch ihre Beschlüsse vom 28. April und 4. Mai d. J. die gesetzliche Mitwirkung des Volks zur Durchführung der Reichsverfassung in Anspruch genommen hat, indem sie die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk aufgefordert hat, die Verfassung des deutschen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen; in Erwägung, daß der Widerstand einzelner Regierungen gegen die zu Recht bestehende Reichsverfassung und die sehr allgemein für dieselbe ausgesprochenen Sympathieen des deutschen Volks in einigen Theilen Deutschlands zu Versuchen gewaltsamer Unterdrückung geführt hat oder vorzuschreiten droht; in Erwägung, daß derartige Maßregeln, welche ebenso verwerflich sind, als anarchische Bestrebungen von unten, den Reichsfrieden gestört haben, oder bedrohen, dessen Bewahrung nach oben wie nach unten, durch Gesetz vom 28. Juni 1848, alleinige Berechtigung und Verpflichtung der provisorischen Centralgewalt ist; in Erwägung, daß die gesetzliche Berechtigung der provisorischen Centralgewalt, sowohl — „als vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, als zur Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht" — die Anwendung jedes innerhalb dieser Grenzen liegenden Mittels zur Herstellung des Reichsfriedens gestattet; aus diesen Gründen beschließt die Reichsversammlung:

1) dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die Preußische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreich Sachsen sich hat zu Schulden kommen lassen, ist durch alle zu Gebote stehenden Mittel entgegen zu treten. 2) Neben Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit sind diejenigen Bestrebungen des Volks und seiner Vertreter, welche zur Durchführung der endgültig beschlossenen Reichsverfassung geschehen, gegen jeden Zwang und Unterdrückung in Schutz zu nehmen.

Die provisorische Centralgewalt ist zur Ausführung dieser Beschlüsse aufzufordern." Zimmermann und Vogt fordern zu raschem männlichem Entschlusse auf. Mit der Taktik des Zögerns und Hinhaltens könne nichts mehr gewonnen werden. Grävell dagegen erklärt, soweit sei es nun gekommen, daß man jetzt nicht mehr bestreiten könne, daß das Anerbieten der Kaiserkrone an den Könög v. Preußen nichts weiter gewesen sei, als ein hinterlistiger Versuch die preußische Regierung einer Souverainetät zu unterwerfen, welche die Versammlung eigenmächtig sich angemaßt.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Zur namentlichen Abstimmung gelangt zuerst der Verbesserungsantrag des Abg. v. Reden. Er wird mit 188 gegen 147 angenommen. (Ungeheurer lang anhaltender Beifall im Hause.)

Umbscheiden stellt den Dringlichkeitsantrag, welchem sich der Abg. Raveaux zugesellt: „Die Versammlung möge den Erzherzog Reichsverweser durch eine aus ihrer Mitte, aus 12 Mitgliedern bestehende, durch relative Stimmenmehrheit zu wählende Deputation von dem vorliegenden Beschlusse in Kenntniß setzen und bis zur erfolgten Antwort die heutige Sitzung für permanent erklären. — Da das Resultat über die Abstimmung zweifelhaft ist, so wird durch Stimmzettel abgestimmt. Die Dringlichkeit wird mit 169 gegen 162 Stimmen angenommen. Der Antrag selbst wird dann mit dem Verbesserungsantrage des Abg. Gravenhorst angenommen. Die Versammlung beschließt daher: „Die Nationalversammlung läßt durch das Bureau eine Deputation von 12 Gliedern wählen, welche sich sofort zu Sr. Kaiserl. Hoh. dem Erzherzog-Reichsverweser zu begeben hat, um denselben um die Antwort auf die Frage zu ersuchen, ob er geneigt sei, in Anbetracht der dringlichen Zustände des Vaterlandes sobald als möglich ein Ministerium zu bilden, welches den heutigen Beschluß der Nationalversammlung zu vollziehen hätte. Bis zur erfolgten Antwort bleibt die Nationalversammlung permanent.

Das Bureau wählt folgende 12 Abgeordnete: Löwe von Calbe. Raveaux. L. Simon. Zell. Kirchgeßner. v. Reden. Hollandt. Klaussen. Hallbauer. Rösler v. Wien. Becker v. Bromberg. Jucho.

Neustadt a. d. Haardt, den 8. Mai, Morgens 5 Uhr. Seit gestern Abend bis zum Augenblicke sind wir in vollständiger Revolution. Gestern um 6 Uhr kam plötzlich durch Estaffette von Kaiserslautern die Nachricht, daß gegen den Willen des Reichs-Ministeriums ein Corps Preußischer Truppen die Gränze überschritten habe, und daß sämmtliche Volkswehr sich zum Angriffe bereit halten solle. Sogleich ertönte der Generalmarsch, und es zeigte sich, daß Niemand zurückbleibt, wenn es gilt, das Vaterland zu vertheidigen. Nicht bloß die Volkswehr, sondern auch alle waffenfähigen Männer, welchen Gewehre und Sensen fehlten, und sich deßhalb mit Aexten, Heu- und Mistgabeln u. dgl. versahen, erschienen in größter Schnelligkeit und Vollständigkeit. Zuzüge von den ringsum liegenden Ortschaften langten an, so daß Abends um 10 Uhr der ganze Bahnhof mit wenigstens 1500 Bewaffneten besetzt war, um die Preußen mit Gebühr zu empfangen.

Morgens 8 Uhr. Es wurden heute Morgen die Wachen organisirt und eine permanente Commission zur Regelung des Betriebes eingesetzt. So eben geht die Nachricht ein, daß die Preußen Ludwigshafen passirt und durch das Sturmläuten der umliegenden Orte geängstigt, sich statt gegen Neustadt nach Speyer gewendet hätten. In Speyer soll unter dem Baierischen Militär Unruhe ausgebrochen sein, so daß sich die Offiziere flüchten mußten und die Soldaten nun zu den Bürgern halten. Näheres müssen wir abwarten. Gestern Abend sind schon Baierische Soldaten mit Sack und Pack hier angelangt, welche von der Wache desertirt sind, um mit den Bürgern zu kämpfen. Der regelmäßige Bahnzug um 7 Uhr fand nicht statt; aber ein Zug bewaffneter Turner und Sensenmänner wird soeben per Eisenbahn gegen Speyer zu expedirt, so weit es eben geht, um Näheres zu erfahren. Hunderte der kräftigsten Männer, mit Mistgabeln, Aexten und dergl. bewaffnet, langen von auswärts an. Die ganze Bahn und günstige Punkte sind trefflich besetzt.

Mittags 2 Uhr. Eisenstuck ist nach Landau geeilt. Eine Proclamation für die Bewohner Speyers, von dem K. Regierungs-Director Bettinger und dem Bürgermeister Kolb unterschrieben, sagt: „Die Reichsgewalt habe Reichstruppen, namentlich ein Bataillon preußische und ein Bataillon Badische Infanterie und eine Escadron badische Cavallerie beordert, um die Reichsfestung Landau zu besetzen. Da in der Pfalz der Glaube herrsche, diese Truppen wären feindlich gesinnt, so werde hiermit veröffentlicht, daß dieselben Speyer nur der Erfrischung wegen berühren und dann sogleich nach Landau abgingen." Dieser bekannt gewordenen Erklärung folgte der Ruf: Verrath! Verrath! Ueberall hört man: man will uns belagern, betrügen, Preußen erkenne die Verfassung nicht an, mithin können die Soldaten auch keine Freunde sein; sie müssen aus der Pfalz ꝛc.

Mittags 3 Uhr. Die Kreiskasse in Speyer ist schon vor einigen Tagen um Mitternacht in die Festung in Gewahrsam gebracht worden. In Speyer sollen Barrikaden erbaut werden. Die Preußen lagern im Schifferstadter Walde, in der Nähe von Speyer. Die Baierischen Truppen sollen die betreffenden Punkte, vereinigt mit den Bürgern, besetzt haben. Es regnet sehr stark und beständig.

Mittags 5 Uhr. Die Preußen haben sich nach Geinsheim, zwei Stunden von hier, gezogen, weil sie gesehen, daß sie in Speyer keinen Eingang erkämpfen könnnen. Die Baierische Besatzung Landau's soll sich auch bestimmt weigern, diese Truppen in ihre Mauern aufzunehmen. Ob sie nun hieher kommen oder den Ausgang der Pfalz bei Ludwigshafen wieder suchen, müssen wir abwarten. Ich schließe mit der Hoffnung, morgen letzteres berichten zu können.

Neustadt a. d. Haardt, den 9. Mai, Mittags 2 Uhr. So eben langt eine Estafette von Landau an, welche die Kunde von einem großen Aufstande in Landau brachte, wobei sechs Bairische Offiziere gefallen sind. Gestern Abend rückte das Bataillon Badischer Infanterie und die Escadron Badischer Dragoner ein, welche sogleich mit den gastfreundlichen Bürgern gemeinschaftliche Sache machten. Dieses mißfiel den Bairischen Offizieren und dadurch wurde eine Hetzerei bis zum Ausbruche getrieben. Aber statt auf die Bürger zu feuern, kehrte sich das Bairische Militair gegen seine Führer. Der Gehorsam ist verweigert. Eine Kaserne ist demolirt. Die Ordnung ist jedoch dadurch wieder hergestellt worden, daß die Bairischen und Badischen Soldaten sich mit der Volkswehr vereinigten. — Heute Morgen sind Zuzüge von Frankenthal, Oppau und anderen Orten hier angekommen. Man erwartet immer noch bedeutende Mannschaft, namentlich von Jenseits. Stündlich langen Bairische Soldaten an, die entweder nach Hause gehen oder sich zu der Volkswehr begeben.

Nachmittag 5 Uhr. Der Generalmarsch hat sämmtliche Mannschaft hier zusammenberufen. Der Bürgerwehr-Oberst stellte den vom Hauptquartier Kaiserslautern beorderten neuen Kommandanten vor, welcher sogleich in Activität treten soll. Es ist der Ober-Lieutenant Straffer aus Wien. Auf der betreffenden Zuschrift ist Fenner von Fenneberg als Generalissimus des Hauptquartiers und als Schriftführer Dr. Hepp von hier unterschrieben. Alle Befehle gehen von Kaiserslautern aus. Die aus 5 Mitgliedern bestehende Kommission nennt sich nun auf Antrag des Reichs-Kommissärs: „Landes-Ausschuß zur Vertheidigung der Deutschen Verfassung."

In einer gedruckten Ansprache dieses Landes-Ausschusses an sämmtliche Wehrmänner der Pfalz heißt es: „Mitbürger! Wir benachrichtigen Euch hiermit, daß wir den Bürger Fenner von Fenneberg, Ober-Kommandanten der Wiener Nationalgarde während des Oktoberkampfes, zum Ober-Befehlshaber aller Wehrmänner der Pfalz provisorisch ernannt haben."

Abends 6 Uhr. Vierhundert Mann Bürgerwehr, Scharfschützen und Sensenmänner, als Freischaaren, sind beordert worden, das Thal zu besetzen. So eben ziehen sie gegen Kaiserslautern ab.

Nachschrift. So eben wird bekannt gemacht, daß auf der pfälzischen Ludwigsbahn morgen wieder die regelmäßigen Fahrten beginnen.

Freiburg, den 8. Mai. Heute erfolgte die Schlußsitzung in dem Hochverrathsprozesse gegen Fickler, Bornstedt, Steinmetz und Krebs. Die Berathung der Geschworenen dauerte über eine Stunde; ihre Antworten lauteten bis auf eine einzige, welche Bornstedt betraf, auf „Nichtschuldig." In Folge dieses Wahlspruches wurden Fickler, Steinmetz und Krebs sogleich freigelassen. Auf den Grund der mit „Schuldig" beantworteten Frage trug der Staatanwalt gegen Bornstedt auf eine Strafe von 6 Jahren Zuchthaus an. Brentano suchte jedoch nachzuweisen, daß in den bejahten Thatsachen, verglichen mit den entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzes, nicht der vollendete Hochverrath, sondern höchstens nur vorbereitende Handlungen dazu enthalten seien. Der Gerichtshof verurtheilte sofort A. v. Bornstedt zu anderthalb Jahren Zuchthaus, oder vielmehr — was nach den Gesetzbestimmungen damit gleich ist — zu einem Jahr Einzelhaft. Als die Freigesprochenen aus dem Hofgerichtsgebäude heraustraten, wurden sie von der zahlreich anwesenden Volksmenge mit einem vielfachen Hoch begrüßt und zu dem „Hotel Fehrenbach" geleitet. Dort trat Fickler auf den an ihn geäußerten Wunsch auf den Balkon des Hauses, und hielt eine Anrede, in der er äußerte, er werde auch weiterhin seine Kräfte der Freiheit und der Einheit Deutschlands widmen. Alle Parteien müßten sich bei den drohenden Gefahren vereinen; auch der Arbeiter dürfe nicht ausgeschlossen sein, der ein redliches Herz für das Vaterland habe. Er schloß mit dem Worte Rotteck's: ein Volk, das der Freiheit werth ist, wird sie auch zu erringen und zu behaupten wissen, — worauf wiederholtes Hoch ertönte.

Karlsruhe, den 7. Mai. Heute Nachmittag fand im großen Saale des Rathhauses unter Vorsitz des ersten Bürgermeisters, Herrn Malsch, eine äußerst zahlreiche Versammlung der hiesigen Bürgerwehr statt, worin, nach längeren Erörterungen, folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

1) Die Regierungen auf das dringendste zu ersuchen, daß sie sogleich nach dem Erscheinen der Reichs-Verfassung im Regierungsblatt die Beeidigung auf dieselbe gleich der auf die Landes-Verfassung vornehme.

2) Die Karlsruher Bürgerwehr ist bereit, die Reichs-Verfassung gegen jeden verfassungsverletzenden Angriff zu vertheidigen.

3) Die Karlsruher Bürgerwehr fordert sämmtliche Bürgerwehren des Landes auf, sich in demselben Sinne zu erklären und sich zum Einstehen für die Reichs-Verfassung bereit zu halten.

4) Die Karlsruher Bürgerwehr fordert insbesondere die Badische Regierung auf, bei der Centralgewalt schleunigst die nöthigen Schritte zum Schutz des Nachbarlandes Rheinbaiern, welches sich für die Reichsverfassung ausgesprochen, zu thun; namentlich wolle die Centralgewalt keinerlei Durchmärsche von Truppen solcher Staaten, die die Reichsverfassung nicht anerkannt haben, nach Rheinbaiern gestatten.

5) Die Karlsruher Bürgerwehr erläßt einen Aufruf an ihre Kameraden in Würtemberg und Hessen, in derselben Weise das Ihrige zum Zweck der Aufrechthaltung der Reichsverfassung und insbesondere zum Schutze Rheinbaierns einzuleiten.

Karlsruhe, den 9. Mai Das heute erschienene Regierungsblatt enthält die Verkündigung der Deutschen Reichs-Verfassung.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 9. Mai. National-Versammlung. Sitzung vom 8. Mai. (Schluß.) Die Reduktion des Kriegsbudgets wird weiterberathen. Man bemerkte, daß Victor Considerant sich viel mit dem Präsidenten der Versammlung unterhielt, und man fragte sich, ob diese Unterredungen sich auf den Antrag bezögen, den er gegen Ende der Nachtsitzung eingereicht hatte, der von 60 bis 80 Mitgliedern der äußersten Linken unterzeichnet war und nichts Geringeres bezweckte, als den Präsidenten der Republik und das Ministerium

wegen Verraths in Anklagestand zu versetzen. Dieser Antrag lautet: „Die Nationalversammlung, nach Einsicht des Art. 5 der Verfassung welcher sagt: „„die Französische Republik respektirt die fremden Nationalitäten, wie sie die ihrige respektirt zu sehen wünscht, gedenkt keinesweges Eroberungskriege zu unternehmen, noch ihre Waffen gegen die Freiheit irgend eines Volkes zu führen;““ in Erwägung, daß die Exekutivgewalt, welche von der Nationalversammlung die Ermächtigung erhielt, ein Expeditionsheer nach Italien zu schicken, um die Freiheit zu schützen, dieses Heer aber gegen eine Republik führte, die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorging, wodurch sie die Waffen der Französischen Republik gegen das Römische Volk führte; in Erwägung, daß dieser Akt eine handgreifliche Verletzung des Buchstabens und Geistes der Verfassung und ein Verrath an den Interessen der Französischen Republik und der gesammten Europäischen Demokratie ist: dekretirt, daß der Bürger Louis Napoleon Bonaparte, Präsident der Republik, und die Bürger Odilon Barrot, Buffet, Lacrosse, Rulhières, von Traci, Passy, Drouyn de Lhuys, Falloux und Faucher, seine Minister, angeklagt sind, die Verfassung verletzt zu haben. Paris, den 8. Mai, Nachts 1 Uhr.“ Während der hierüber stattfindenden Gespräche war man aber zu einer wichtigen Frage gelangt, zu dem Abschnitt, der den Sold und Unterhalt für die Truppen betrifft, und auf dessen Gesammtbetrag die Kommission eine Ersparniß von fast $12\frac{1}{2}$ Millionen vorgeschlagen hatte. Um diese zu bewerkstelligen, sollte namentlich Artikel 7 einen bedeutenden Abzug erleiden, um den Effektivbestand der Infanterie zu verringern. Dies rief eine lebhaftere Debatte hervor. Es sollten nach dem Vorschlag der Kommission 75,000 Mann, und zwar die ältesten und disziplinirtesten Soldaten der Armee, die der Klassen von 1842 und 1843, in ihre Heimat entlassen werden. Lamartine, Lamoricière und Cavaignac bekämpfen den Antrag. Die Versammlung verwirft die beantragten Abzüge, nach denen die Armee vom 1. Sept. an auf 285;000 Mann reduzirt werden sollte, und Artikel 7 wird angenommen. Artikel 8 bis 20 gehen ohne erheblichen Widerspruch durch. Es verbreitet sich im Saale das Gerücht, Sachsen sei Republik. Schluß der Sitzung 6 Uhr.

— Sitzung vom 9. Mai. Anfang 1 Uhr. Präsident Marrast. Große Aufregung im Saale. Marrast: „Die Versammlung sollte jetzt zum Budget zurückkehren; doch verlangt Bürger Grevy das Wort zu Interpellationen.“ Grevy unter tiefer Stille: „Sie entsinnen sich Ihres Votums vom 7. Mai Nachts. Der einzige Akt der Regierung seitdem ist ein Brief, den die gestrigen Abendblätter veröffentlichen. (Er liest den unter Paris mitgetheilten Brief des Präsidenten der Republik an Oudinot vor.) Ich finde in diesem Brief einen Trotz gegen die National-Versammlung und frage das Ministerium, ob es ihn als offiziellen Ausdruck der Gesinnung des Kabinets anerkenne?“ Odilon Barrot: „Dieser Brief ist ein Brief der Sympathie des Präsidenten für den General Oudinot und unsere Truppen. (Ah, ah!) Es ist wahr, daß es in der That schwierig sein mag, dem Brief keinen offiziellen Charakter beizulegen; aber er ist kein Kabinets-Akt; doch desavouirt die Regierung nichts. (Sensation und heftige Unterbrechung zur Linken.) Nichts in dem Briefe legt der Regierung eine Verpflichtung auf; aber es steht auch nichts darin mit den Absichten der National-Versammlung im Widerspruche. Wie? Sollten wir denn wirklich nach Civitavecchia zurückweichen? (Ja, ja! Nein, nein!) Ehe wir solche Befehle geben, legen wir unser Amt nieder. Ein solcher Rückzug unserer Truppen sollte in einem Augenblick geschehen, wo der Telegraph die Annäherung neapolitanischer und Oesterreichischer Corps gegen Rom meldet? Der Zweck der Expedition war ja gerade der, diese Oesterreichisch-Neapolitanische Intervention zu hindern.“ Der Minister erklärt dann, daß die Regierung noch keine offiziellen Berichte über das in Rom Vorgefallene bis zu diesem Augenblick habe. Sie seien aber angekündigt und könnten nicht lange mehr ausbleiben. Grevy: „Der Conseils-Präsident benachrichtigt uns, daß er die Depesche noch erwarte. Ich beantrage also Vertagung der Debatte auf morgen.“ Ledru Rollin bekämpft die Vertagung. Es handle sich zunächst um den bewußten Brief; dieser Brief sei ein Hohn für die National-Versammlung, dessen Verfolgung die Minister sich entziehen möchten, indem sie dem Briefe jeden offiziellen Charakter absprächen. Flocon schlägt folgende motivirte Tagesordnung vor: „Da, nach Artikel 67. der Verfassung, Handlungen des Präsidenten nur Gültigkeit haben, wenn sie von Ministern gegengezeichnet sind, so geht die Versammlung zur Tagesordnung über.“ Flocon will diesen Vorschlag entwickeln. (Tumult.) Odilon Barrot: „Eben signalisirt uns der Telegraph das Einlaufen der Depeschen in Toulon. (Also Vertagung!) Ich bitte demnach, die Debatte erst nach dem Empfange dieser Papiere fortzusetzen.“ (Ja! Nein!) Man läßt nun den Gegenstand vorläufig fallen, und die Versammlung kehrt zum Budget zurück. Die Debatte darüber wird, nachdem die von der Kommission vorgeschlagenen Reductionen, mit Ausnahme einer Ersparniß von 296,000 Fr. auf die Militairschmieden, verworfen worden waren, beim Kapitel 22 abgebrochen und die Sitzung um 6 Uhr geschlossen. Frapolli, der Römische Gesandte, hat eine neue Protestation an die National-Versammlung gelangen lassen.

Paris, den 9. Mai. Der Moniteur enthält heute folgende telegraphische Depeschen: 1) „Der Ober-General des Französischen Heeres an den Kriegsminister in Paris. St. Paolo bei Rom, den 4. Mai. Die 3te Brigade ist ebenfalls gelandet. Das Hauptquartier und die 2te Brigade befinden sich in St. Paolo. Die 1ste Brigade liegt in Polidoro, sechs Stunden von Rom. 2) „Der Französische Gesandte in Turin an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Paris. Turin, den 4; Lyon, den 6. Mai. Radetzky ist gestern von Mailand nach Malghera abgegangen. Seinen Befehlen zufolge rücken 27,000 Mann in die Romagna und Toscana ein, wohin sie bereits aufgebrochen. Drei Bataillone haben Triest verlassen und werden Ancona besetzen.“ 3) „Der Französische Gesandte in Turin an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Paris Turin, den 3.; Lyon, den 5. Mai. Am 1. Mai haben 6000 Mann Mailand verlassen und die Richtung von Ferrara eingeschlagen. Man sagt, sie sollen Bologna besetzen. Andere Truppen sind nach Toscana aufgebrochen. Die Garnison von Mailand ist auf 5000 Mann geschmolzen.“ 4) „Der Französische General-Konsul in Livorno an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Livorno, den 5. Mai. Heute Morgen sind die Oesterreicher in Lukka eingerückt. Man erwartet sie heut Abend in Pisa.“ 5) „Der Französische Gesandte (D'Harkourt) an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Gaeta, den 30. April. Der König von Neapel hat gestern das Gebiet des Kirchenstaates an der Spitze von 5000 Mann betreten. In Terracina wurde der König von der Menge mit Beifall empfangen, welche rief: Es lebe Pius IX.! Die Flotille landete in Terecina. Einige Matrosen und Soldaten haben sich nach Porto-di-Anzo begeben.“

Großbritanien und Irland.

London, den 8. Mai. Im Unterhause ging gestern die zweite Lesung der Bill wegen Zulassung der Juden ins Parlament, vermittelst Aenderung des parlamentarischen Eides, mit 278 gegen 185 Stimmen durch, indem das dagegen von Sir R. Inglis gestellte Verwerfungs-Amendement mit einer Majorität von 93 Stimmen zurückgewiesen wurde.

— Mit dem Nordamerikanischen Dampfschiffe „Hermann“, welches auf seiner Fahrt nach Bremen bei Southampton angelegt, sind Nachrichten aus New-York bis zum 20. April eingetroffen. Aus Kalifornien hatte man um drei Wochen neuere Nachrichten. Der Gouverneur General Smith war zu San Francisco angelangt. Die Preise aller Bedürfnisse gingen herab, da man bedeutende Zufuhren von allen Seiten erwartet. Eine solche Menge Menschen war zur Francisco Ende Februar noch zusammen, daß das kleinste Zimmer dort monatlich 400 Dollars Miethe bringt. Die Einfuhr von Bauholz und fertigen Zimmer-Arbeiten schien großen Gewinn zu versprechen Lebensmittel standen hoch. Ein gewöhnlicher Arbeiter verdient 6 Dollars den Tag zu San Francisco. Ein Tischler erhält 8 Dollars. Die Regierung der Vereinigten Staaten beabsichtigt, ihre Flotte im Mittelländischen (?) Meere mit 3 Fregatten und dem „Mississippi“ unter Commodore Morgan zu verstärken.

Italien.

Turiner Blättern vom 7. Mai zufolge hat das Kriegsgericht am 4. d. M. den General Ramorino wirklich zum Tode verurtheilt nach vorausgängiger Degradation. Der König bestätigte dieses Urtheil am 5. Mai, erließ jedoch dem Verurtheilten die Degradation. Die Erschießung sollte am 7. Morgens erfolgen, die Urtelsvollstreckung ward aber noch aufgeschoben, in Folge eingelegter Berufung Ramorino's an den obersten Cassationshof. — Der König hat das Entlassungsgesuch des Generallieutenants Gabriel de Launay als Conseilspräsident und Minister des Auswärtigen angenommen, und den Ritter Massimo d'Azeglio zum Ministerpräsidenten ernannt, desgleichen interimistisch mit dem Portefeuille des Auswärtigen betraut. Am 6. Mai fand in der Hauptkirche von Turin ein großer Trauergottesdienst für die bei Novara Gefallenen statt, welchem der König und sein ganzer Hof, das diplomatische Corps ꝛc. beiwohnten.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Bescheidene Anfrage.

Mit dem 1. April d. J. sind sämmtliche Hypotheken-Sachen der Rittergüter an die Kreisgerichte übergegangen, letztere und namentlich das hiesige Kreisgericht hat jedoch die Hypotheken-Bücher von der früheren Hypotheken-Behörde noch nicht erhalten, kann folglich noch keine Eintragungen bewirken, wodurch das betheiligte Publikum sehr leidet. Herr Apellations-Präsident Bielefeld wird daher um gefällige Aufklärung gebeten, weßhalb die Absendung der Hypothekenbücher bis jetzt noch nicht geschehen? X. Y. Z.

Markt-Bericht.

Berlin, den 14. Mai

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 54 — 58 Rtlr. Roggen loco und schwimmend 24—$25\frac{1}{2}$ Rthlr., pr. Frühjahr 82pfünd. $24\frac{1}{4}$ a 24 Rtblr. verk. u. B, Mai/Juni 24 Rthlr. Br., Juni/Juli $24\frac{1}{3}$ Rthlr verk. u. Br., Juli/August $25\frac{1}{4}$ Rtlr. Br., 25 verk., September/Okt. $26\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $26\frac{1}{2}$ verk. Gerste, große loco 21 — 23 Rthlr., kleine 18 — 20 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14 — 16 Rthlr., 48pfd. 14 a $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Rüböl loco $13\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., pr. Mai $13\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{3}$ G., Mai/Juni $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{3}$ G., Juni/Juli $13\frac{1}{3}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{6}$ G., Juli/August $13\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{8}$ G. Aug./Septbr. 13 Rthlr. Br., $12\frac{4}{6}$ G., Sept./Okt. $12\frac{5}{8}$ Rthlr. Br., $12\frac{3}{4}$ a $12\frac{5}{6}$ bez., Okt./November $12\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $12\frac{2}{3}$ G. Leinöl loco $10\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., Lief. 10 Rthlr. Br.

Spiritus loco ohne Faß 15 Rtlr. bez., Mai/Juni 15 Rthlr. Br., $14\frac{7}{8}$ G., Juni/Juli $14\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 15 G., Juli/August $15\frac{3}{4}$ Rthlr. bez. u. Br., $15\frac{2}{3}$ G., August./Septbr 16 Rthlr. Br., $15\frac{3}{4}$ G.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.